

Linkes Blatt

DIE LINKE.

4. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

14. April 2015

Aus dem Beschluss der 2. Tagung des 4. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 25. Oktober 2014 in Quedlinburg:

„Für die Umsetzung unserer politischen Ansprüche und Vorhaben brauchen wir kompetente und politisch engagierte Kandidatinnen und Kandidaten. Wir beauftragen den Landesvorstand, der VertreterInnenversammlung im Herbst 2015 einen Personalvorschlag für die Aufstellung unserer Liste zu unterbreiten. Wichtig ist uns sowohl ein starkes inhaltliches und politisches Profil der Kandidatinnen und Kandidaten als auch eine regional ausgewogene Vertretung in einer künftigen Landtagsfraktion. Die Landesvorsitzende wird dazu rechtzeitig das Gespräch mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden sowie mit den Genossinnen und Genossen des Landesausschusses führen.“

Für unseren Stadtverband hat der Stadtvorstand folgende Zielstellung erarbeitet:

Einberufung Mitgliederversammlung der in Halle wahlberechtigten Mitglieder für den 05.09.2015
Tagesordnung:

- Wahl der 14 Vertreter_innen zur Landesvertreterversammlung
- Wahl der Wahlkreisbewerber_innen in 4 Teilversammlungen
- Bestimmung der vom Stadtverband Halle unterstützten Listenkandidat_innen für die Landesvertreterversammlung
- Bestimmung Vertrauensperson für Kreiswahlvorschläge
- ggf. Beschlussfassung zu Änderungsanträgen zum Landeswahlprogramm

Auf die nach Satzung und Wahlrecht besondere Beschlusslage ist zu verweisen

Bewerbungsschluss in Versammlung, jedoch Aufforderung zur Abgabe einer schriftlichen Bewerbung mit Termin 01.07.2015

Kriterien für Kandidaturen zur Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt

(Beschluss des Landesvorstandes am 17. Februar 2015)

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt orientiert darauf, Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit einstehen, die in der Partei durch ihre politische Arbeit verwurzelt sind oder öffentlich im Sinne der Ziele der LINKEN wirken.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt folgt dem Prinzip der „Offenen Listen“, wie auf dem Bundesparteitag im Mai 2008 beschlossen. Auf der Landesliste der Partei bzw. in den Direktwahlkreisen kandidieren Mitglieder der Partei oder parteiungebundene Persönlichkeiten.

Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. in den Direktwahlkreisen sind als Mitglieder den „Programmatischen Eckpunkten“ und dem Landtagswahlprogramm 2016 verpflichtet und stehen als Nichtmitglieder den dort formulierten Grundsätzen nahe.

Wir erwarten von den Kandidatinnen und Kandidaten:

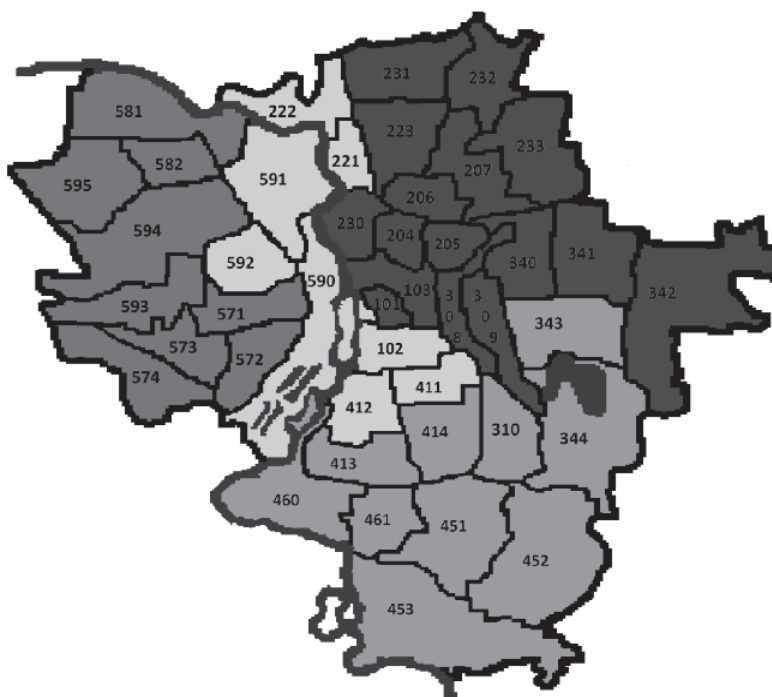
- dass sie die Programmatik der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt – insbesondere das Landtagswahlprogramm – aktiv vertreten und sich im Wahlkampf von der Wahlstrategie des Landesverbandes leiten lassen;
- den Anspruch auf politische und fachliche Kompetenz, politische und rhetorische Kommunikationsfähigkeit sowie persönliche Integrität;
- die eigene politische Biografie vor ihrer Nominierung offen zu legen sowie eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte;
- Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten, sich am gemeinsamen Internetauftritt zu beteiligen und eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten;
- Beratungs- und Trainingsangebote wahrzunehmen;
- Dass sie bereit sind, den Landesvorstand Sachsen-Anhalt nach der Wahl bei der Schaffung einer regional ausgewogenen Verteilung der Wahlkreisbüros aktiv zu unterstützen.

Die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt erwartet von ihren gewählten Abgeordneten eine aktive Präsenz an der Basis des Landesverbandes, Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern und die Bereitschaft, entsprechend den gültigen Beschlüssen finanzielle Zuwendungen an den Landesverband zu leisten.

Mit den Bewerberinnen und Bewerbern für Kandidaturen auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bzw. in den Direktwahlkreisen zur Landtagswahl 2016 werden schriftliche Vereinbarungen über die Bereitschaft getroffen, die genannten Kriterien zu erfüllen sowie gemäß Satzung und Finanzordnung der Partei Mandatsträgerbeiträge zu entrichten.

Mit der Juliausgabe des Linken Blattes möchte der Stadtvorstand unseren Genossinnen und Genossen die Möglichkeit geben, sich mit den Wahlkreisbewerberinnen- und Bewerbern vertraut zu machen, aus diesem Grund auch unsere Aufforderung zur Abgabe einer schriftlichen Bewerbung mit Termin 01.07.2015.

Wahlbereiche 2016



- Wahlbereich I
- Wahlbereich II
- Wahlbereich III
- Wahlbereich IV

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 25.03.2015

Eine Tagesordnung, die durchaus übersichtlich war – im Gegensatz zur vorhergehenden Stadtratssitzungen – lag vor uns.

Der Bericht des Oberbürgermeisters enthielt eine Information über die Metropolregion Mitteldeutschland. Immerhin seien 50 Unternehmen, 7 Städte und 5 Landkreise sowie alle Hochschulen in ihr vertreten. Ende Oktober soll die nächste Sitzung der Metropolregion sein. Der OB lobte diese Variante der Metropolregion, weil hier die Politik als auch die Unternehmen gemeinsam Mitglied seien.

Nächstes Thema war der Zoo.

Der OB informierte, dass bis zum Zeitpunkt kein Zookonzept vorliege. Ende März soll in der entsprechenden Aufsichtsratssitzung ein neuer Zoodirektor gewählt werden.

Der OB informierte weiter, dass im Star-Park der „e-Bay-Neubau“ gut vorankomme. Er informierte auch darüber, dass die Bauarbeiten zum Finanzamt an der „Spitze“ als auch der Bau am Steintor planmäßig vorangehen. Die Bauarbeiten am Gimritzer Damm allerdings nicht, denn dort gibt es einen Baustopp.

Der Vorlage zur Entlastung des Geschäftsführers und der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH für das Geschäftsjahr 2013/14 wurde zugestimmt. Anders sah es bei der Abstimmung um die Entlastung des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Wiegand, für das Haushaltsjahr 2012 aus. Dieser Vorlage wurde wiederholt nicht von der Mehrheit der Stadträte zugestimmt. Unsere Fraktion stimmte z.T. für die Entlastung, z.T. wurde auch Gebrauch von der Stimmenthaltung gemacht. Die Mehrheit aber der SPD und CDU-Fraktion stimmten gegen die Entlastung. Der Grund für die Verweigerung wurde wieder auf die Einstellung von Mitarbeitern des OB bezogen, die mit einem zu hohen Gehalt eingestellt wurden.

Es gibt zwar inzwischen den Freispruch des OB, allerdings ist die Staatsanwaltschaft in Revision gegangen. Vor diesem Hintergrund wurde eben der Vorlage seitens der SPD und CDU – nicht zugestimmt.

Zugestimmt wurde dann wieder mehrheitlich der Ausgabe von überplanmäßigen Ausgaben. Dahinter verbergen sich sogenannte „Pflichtausgaben“, wie z.B.

Leistungen nach dem SGB II und Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Beschlossen wurden auch ein neuer Bebauungsplan südlich der Dieselstraße und auch das Straßenbestandsverzeichnis. Die Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens wurde beschlossen.

Der geplante NP-Supermarkt in der Alfred-Oelßner-Straße wird nun doch nicht gebaut. Der Investor will sein Vorhaben nicht umsetzen, deshalb wird der Bebauungsplan zurückgezogen. Und der Bebauungsplan zum Hufeisensee wurde beschlossen. Eine große Mehrheit stimmte zu. Nun wird der Golfplatz gebaut! Unsere Mitglieder der Fraktion stimmten mehrheitlich dagegen oder enthielten sich.

Mit der neuen Kommunalverfassung wurde festgelegt, dass die Stadt Halle (Saale) über Spenden im Stadtrat abstimmen muss. Den Spenden von 20.000 Euro für die Stadtbibliothek und 1.500 Euro für das Konservatorium wurde zugestimmt.

Ein Vertrag, der allerdings unter einem Haushaltsvorbehalt steht, besagt, dass die Stadt Halle (Saale) der Stiftung Moritzburg jährlich 130.000 Euro zahlen soll, wurde seit Jahren nicht erfüllt. Es ist eben der vage Haushalt seit Jahren!!

Ein entsprechender Antrag der Fraktionen der SPD, Der CDU/FDP und der MitBÜRGER zur Erfüllung dieses Vertrages wurde in den Kultur- und Finanzausschuss verwiesen.

Unsere Fraktion stellte den Antrag einer Kombi-Eintrittskarte für Museen. Wir möchten gern eine Kombikarte, die für mehrere Museen gilt und auch mit einer Fahrkarte kombiniert werden kann. Sie sollte 48 bzw. 72 Stunden gelten. In vielen Städten gibt es solche oder ähnliche Varianten. Der Antrag wurde in den Kulturausschuss zur weiteren Diskussion verwiesen. Unserem Antrag zur Verbesserung eines Wegeleitsystems zur Erreichbarkeit von Kultureinrichtungen wurde zugestimmt.

Sten Meerheim wird unsere Fraktion im Eigenbetrieb für Arbeit vertreten. Dem Vorschlag stimmte der Stadtrat einstimmig zu.

Ute Haupt, Stadträtin

In Berlin – und (H)alle dabei [8]

Dr. Petra Sitte

Es fällt schwer, übers Geld zu reden, wenn Bürgermeistern und engagierten BürgerInnen in Sachsen-Anhalt nach dem Leben getrachtet wird, weil sie sich für Flüchtlinge einsetzen; wenn Häuser angezündet werden, in denen Flüchtlinge Obdach finden sollen; wenn in Leitartikeln und Kommentarspalten gehetzt wird von RassistInnen jeder Couleur; wenn seit Monaten viel zu viele (w)irre Gestalten durch die Straßen ziehen mit ihrem Kreuzzug gegen Menschlichkeit. Es fällt wirklich schwer. Doch es ist wichtig, vor allem für die Betroffenen, die Flüchtlinge selbst.

Denn in ihrer Situation sind sie verständlicherweise in den allermeisten Fällen darauf angewiesen, dass ihre Unterbringung und ihr Lebensunterhalt durch öffentliche Gelder bestritten werden. Bisher tragen vor allem die Kommunen diese Kosten. Die Bundesländer beteiligen sich, allerdings von Bundesland zu Bundesland höchst unterschiedlich. In Sachsen-Anhalt zahlt das Land pro Flüchtling eine pauschale Abgeltung an die Gemeinden, was nicht kostendeckend sein muss (und selten ist). Und der Bund hält sich vornehm zurück. Zwar wurde im November 2014 beschlossen, dass für 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um die Belastung der Kommunen durch steigende Flüchtlingszahlen aufzufangen. Doch erstens reicht das Geld nicht aus (auf Sachsen-Anhalt entfallen z.B. pro Jahr nur ca. 13,5 Millionen Euro). Zweitens stellt es keine langfristig gesicherte Finanzierung dar und drittens handelt es sich de facto um einen Kredit an die Bundesländer, den diese in den kommenden 20 Jahren abstottern sollen. Es ist also niemandem damit geholfen außer der Bundesregierung, die sich kurzspendabel zeigen konnte.

Bereits Ende 2014 haben wir als Fraktion im Bundestag beantragt, dass die Kosten, die gemäß Asyl-

bewerberleistungsgesetz für die Kommunen anfallen, schrittweise bis 2019 komplett vom Bund übernommen werden. Leider haben alle anderen Fraktionen im Haushaltsausschuss gegen unseren Antrag votiert. Dabei wäre dies tatsächlich eine Maßnahme gewesen um die Kommunen wieder in die finanzielle Lage zu versetzen, ihren sozialen und infrastrukturellen Aufgaben gerecht zu werden. Zugleich hätte die oft unwürdige Wohnsituation der Flüchtlinge bundesweit endlich verbessert werden können. Wobei dies nicht allein am Geld, sondern vor allem auch am politischen Willen scheitert, die unwürdigen, unsozialen und im Vergleich zur dezentralen Unterbringung sogar kostspieligeren „Gemeinschaftsunterkünfte“ flächendeckend abzuschaffen.

Das Geld, was die von uns gewünschte finanzielle Entlastung der Kommunen, eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und tatsächliche Integrationsbemühungen den Bund kosten würden, wird lieber anders investiert. Zum Beispiel in das nur schwach als „Grenzsicherung“ getarnte europäische Flüchtlingsabwehrkommando FRONTEX. Oder in den Bau neuer Abschiebegefängnisse.

Um es deutlich zu sagen:

Der genannte Antrag hätte an den meisten flüchtlingspolitischen Missständen in diesem Land – an der mörderischen Abschottungspolitik, an der ökonomisch kalkulierenden Abschiebep Praxis, an der mangelhaften Integrationsbemühungen durch Gesellschaft und Staat, am allgemeinen Rassismus – nicht direkt etwas ändern können. Aber er hätte klar gemacht, dass der Bund die Kommunen nicht allein lässt mit der Frage der Flüchtlingsunterbringung und finanzielle Räume geöffnet für eine Asylpolitik, die sich in erster Linie an Menschlichkeit und nicht am kommunalen Kassenstand orientiert.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat April Geburtstag haben.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
08.04.2015
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
07.05.2014

**Liebe Freund*innen, sehr geehrte Damen und Herren,
unten stehend finden sich Veranstaltungen, zu denen wir herzlich einladen bzw. die wir
empfehlen.**

Viele Grüße

Vorstand und Team des BBZ „lebensart“ e. V.

**Lesung mit Kirstin Messerschmidt aus
„Winterblut“, Freitag, 17. April 2015, 19 Uhr
im BBZ „lebensart“ e. V.**

Im Rahmen der Reihe „que(e)r gelesen“ des BBZ „lebensart“ wird die Autorin Kirstin Messerschmidt ihren Debüt-Roman „Winterblut“ vorstellen.

Der junge Journalist William ist auf der Suche: Nach der Wahrheit über seinen unbekanntem Vater, nach den Ursachen für die Geisteskrankheit seiner Mutter, und schließlich sogar nach seinem plötzlich verschwundenen Lebensgefährten. Eine Spur führt zu einer landesweit bekannten Sekte. Inmitten all der Fragen verliebt William sich in seinen tyrannischen Chef Keno und will ihn mit einem waghalsigen Artikel über die Sekte beeindrucken. Während Kenos Spielchen William beinahe in den Wahnsinn treiben, ergeben die Recherchen für den Artikel Unglaubliches: Williams und Kenos Familien teilen ein Geheimnis...

Kirstin Messerschmidt, geb. 1981, ist in Schleswig-Holstein aufgewachsen und begann ihre berufliche Laufbahn in einem Rechtsanwaltsbüro. Im Alter von 20 Jahren verließ sie ihre geliebte Heimat und ging nach London, um dort für den Musiksender MTV zu arbeiten. Seit 2005 lebt sie in Berlin und ist Musikredakteurin für MTV und VIVA. Geschrieben hat sie schon immer, jedoch meistens unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Beim ehemaligen Satiremagazin ZYN! ließ sie es zwar höchst öffentlich, aber leider unter falschem Namen krachen. Winterblut ist ihr erster Roman.

Der Eintritt zur Lesung ist frei, um eine Spende wird gebeten.

**„Das Übersehen werden hat Geschichte“ - Fachtag zu Lesben in der DDR
Freitag, 8. Mai 2015 an der Martin-Luther-Universität in Halle**

Die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, das Frauenzentrum Courage Magdeburg und das Gunda-Werner-Institut laden zur Veranstaltung „Das Über-

sehen werden hat Geschichte“ - Fachtag zu Lesben in der DDR und in der friedlichen Revolution“ für Freitag, 08. Mai 2015, 13.30 bis 19 Uhr in die Martin-Luther-Universität, Hallischer Saal (Burse zur Tulpe über der Mensa), Universitätsring 5, Halle (Saale) alle Interessierten ein.

So wie Frauen in der historischen Betrachtung meist unsichtbar blieben (und bleiben), so erging es den ostdeutschen Lesben mit Blick auf die Geschichtsschreibung zur Homosexualität in der DDR. Denn oft sind ausschließlich Schwule gemeint, wenn von „homosexuellen Gruppen“ die Rede ist. Die Existenz zahlreicher Lesbengruppen und ihr Engagement zur Zeit der friedlichen Revolution bleiben in zeitgeschichtlichen Betrachtungen meist unerwähnt. Wir wollen daher einen erneuten Blick auf die Geschichte werfen. Nach einem Blick in die Entstehung erster Lesbengruppen in den 1970er und 1980er Jahren wird die Rolle von Lesben im Rahmen der friedlichen Revolution beleuchtet. Waren lesbische Gruppen in der Tat bloß reine Interessengruppen ohne oppositionelle Arbeit? Welche politischen Ziele verfolgten die verschiedenen Gruppen und welche Rolle spielte die Staatssicherheit im Umgang mit Ihnen? Anschließend wollen wir den Werdegang der Lesbenbewegungen nach der Wende beleuchten und die Folgen des Aufeinandertreffens von Ost- und West-Lesben betrachten.

Zudem sollen die eigenen Unsichtbarmachungen innerhalb der Gruppen hinterfragt werden. Wiederholt(e) sich auch in der lesbischen Geschichtsschreibung das Auslassen anderer Gruppen? Warum waren Schwarze, ostdeutschen Lesben in der dominanten Geschichtsschreibung nicht sichtbar? Und welche weiteren Leerstellen gibt es? Dieser Rückblick wirft schließlich die abschließende Frage auf: Wie gelingt intersektionale Wissenschaft? Und wie kann eine Geschichtsschreibung aussehen, die keine_n übersieht?

Anmeldungen online unter: <http://www.boell-sachsen-anhalt.de/anmeldung-fachtag-08-05-2015/>

Internationaler Tag gegen Homophobie, Interphobie und Transphobie

Aktionstag am Sonntag, 17. Mai auf dem Marktplatz Halle | 17.05 Uhr Rainbowflash

Der Arbeitskreis QUEER Halle lädt zum Internationalen Tag gegen Homophobie, Interphobie und Transphobie (IDAHIT) Menschen unabhängig ihrer geschlechtlich-sexuellen Identität ein, am Aktionstag am 17. Mai in Halle teilzunehmen. Es sollen vielfältige Zeichen für die Gleichstellung und Akzeptanz ver-

schiedener geschlechtlich-sexueller Identitäten und Lebens- und Familienformen gesetzt werden. Höhepunkt ist um 17.05 Uhr ein Rainbowflash vor dem Ratshof auf dem Marktplatz. Ab 15 Uhr werden sich die Mitglieder des AK QUER präsentieren und die Teilnehmenden beim Befüllen der Luftballons unterstützen. Beim IDAHIT Halle (Saale) stehen in diesem Jahr Transphobie sowie die rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung transgeschlechtlicher Menschen im Mittelpunkt.

Gedenken in Halle

Es war genau vor 90 Jahren, auch an einem Freitag, am 13. März 1925, als Ernst Thälmann nach Halle kam, um als Reichspräsidentenskandidat zu den Wählern im Volkspark zu sprechen. Leider kam es nicht dazu, die reaktionären Polizeikräfte störten die Veranstaltung durch den Gebrauch der Schusswaffen. Fritz Weineck und weitere neun Teilnehmer fanden den Tod. Dieses traurige Ereignis ging als der Blutfreitag sowohl in die Geschichte der Arbeiterbewegung als auch der Stadt Halle ein. Zur Bewahrung vor dem Vergessen trafen sich genau am 13. März dieses Jahres traditionsbewusste Genossinnen und Genossen aus der Partei DIE LINKE und anderen linken Parteien und Gruppierungen an der Gedenktafel Burg-



straße/ Ecke Riveufer.

Bei den Klängen des Liedes „Unser kleiner Trompeter“ wurden Blumen und Gebinde abgelegt.

Foto: Marion Krischok

Halle galt einst als das rote Herz Deutschlands. Eine selbstbewusste und kampfgestählte Arbeiterklasse war bereit, die Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918 zu verteidigen. So musste im Frühjahr 1920 der Kapp-Putsch abgewehrt werden. Im Frühjahr 1921 besetzten Einheiten der sogenannten Sicherheitspolizei einige Produktionsstätten, u. a. auch die Leuna-Werke, um angebliche Diebstähle zu vermeiden; was sich als offene Provokation gegen die Beschäftigten auftrat. Es kam zu harschen Auseinandersetzungen. Zwischen Ammendorf und Leuna sicherte ein selbstgefertigter Panzerzug der Arbeiter die heroischen Kämpfer, dennoch unterlagen sie. Etwa 50 von ihnen wurden im Silo Bau 140 in den Leuna-Werken zusammen getrieben und ermordet.

In einer Gedenkfeier am 22. März 2015 auf dem Friedhof Ammendorf erinnerte Genossin Katja Müller mit bewegten Worten verbunden mit neuen histo-



rischen Bewertungen an diese furchtbaren Ereignisse. Unter den Klängen des Liedes „Bei Leuna sind viele gefallen, bei Leuna floss Arbeiterblut“, intoniert von Wolfram Föhse, legten wir an der Gedenkstätte der Märzgefallenen beider genannten Jahre Blumen und Gebinde nieder.

hajo

Foto: Marion Krischok

Buchtipps:

Neuerscheinungen

Neues Epperbuch:

Dieses Büchlein mit Karikaturen von Artur Epperlein fällt etwas aus dem Rahmen. Nach fast vier Jahren Recherche im Archiv der Mitteldeutschen Zeitung Halle wurden Zeichnungen entdeckt, die man als aktuelle Tageskarikatur bezeichnen würde. Das Büchlein ist in 6 Kapitel unterteilt, darunter Epper und Tiere, Epper und Dienstleistungen, Epper und die Bürokraten sowie Epper und die Politik. Dieses erste Bändchen zeigt Pressezeichnungen der Jahre 1953-1957.

**„Epper aktuell (1)“ 96 Seiten
Seiten, broschürt, Verlag &
Verlagsservice, Preis: 5 Euro,
ISBN 978-3-939040-23-1.**

Gottlose Type

1998 errang sie ein Bundestagsmandat im Berliner Wahlkreis „Mitte/Prenzlauer Berg“ gegen namhafte Mitbewerber. Damit hatten nicht einmal die eigenen Parteistrategen gerechnet... Derweil hat sie den Bundestag aus verschiedenen Perspektiven gesehen: mit hilfreichen Fraktionen, als Einzel-Abgeordnete ihrer Partei, als überparteiliche Vizepräsidentin. In nunmehr 16 Jahren Mitgliedschaft im Parlament hat Petra Pau viel erlebt, dass sie hier in Anekdoten erzählt. Eher heitere, wenn sie auf dem Weg zu einem Fototermin beinahe im Gefängnis landet oder die verbannte Clara Zetkin in den Reichstag holt. Eher ernste, wenn sie das Inkrafttreten von „Hartz IV“ oder die Gefühle bei einem Besuch in der Kölner Keupstraße nach dem NSU-Desaster schildert. Hinzu kommen überraschende Geschichten, etwa über ihren Sieg beim großen Bibel-Test im ZDF oder über seltsame Freundschaften mit MdB der CSU

und der FDP.

**Petra Pau „Gottlose Type“,
Meine unfrisierten Erinnerungen,
Eulenspiegel Verlag, 144
Seiten, 12 x 19 cm, mit Fotos,
gebunden, 9,99 Euro / eBook
7,99 Euro,
ISBN 978-3-359-02476-7.**

Schwafel, Pech und Pferdefüße

In Thüringen geht ein Gespenst namens Bodo um, im Bundestag tritt ein Drachentöter auf, die Bundeswehr in Laien-, pardon, Leyen-Hand erobert Kindergärten. Da staunt das „Muttilein“ am Frühstückstisch und versteht nur Bahnhof. Zum Glück erklärt Hans-Günther Pölitz seinem Muttilein, wie die große Politik funktioniert und von welcher weiser Hand dieses Land regiert wird. Dabei bleibt kein Auge trocken!

**Hans-Günther Pölitz „Schwafel,
Pech und Pferdefüße“, Der Teufel
steckt hinter jedem Kreuz,
Eulenspiegel Verlag, 240 Seiten,
12 x 19 cm, gebunden, 12,99
Euro /
eBook 9,99 Euro,
ISBN 978-3-359-02463-7.**

Gewünschte Wende

War das die Wende, die wir wollten? Diese Frage bewegt bis heute die Menschen im Osten. Aus den Antworten darauf ist ein ungewöhnliches Buch entstanden, kritisch, nachdenklich, zornig. Ehrlich.

Mit dabei: Jutta Wachowiak (Schauspielerin), Heidrun Hegewald (Malerin und Autorin), Ronald Paris (Maler und Grafiker), Reiner Kirsch (Schriftsteller), Hans Eckardt Wenzel (Musiker und Regisseur), Peter

Bause /Schauspieler), Victor Grossmann (Journalist), Peter Michael Distel (Anwalt), Gisela Oechelhaeuser (Kabarettistin), Willibald Nebel (Kalikumpel Bischofferode), Manfred Stolpe (Ministerpräsident a.D.

**Burga Kalinowski „War das die
Wende, die wir wollten?“, Verlag
neues leben, ca. 320 Seiten,
14,5 x 21 cm, ca. 19,99 Euro,
ISBN 978-3-355-01834-0.**

Geschichte eines Vernichtungslagers

Unter den mehr als 2000 im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek angezeigten Büchern zum Thema Auschwitz gibt es nicht eines, das sich mit der Geschichte des Lagers beschäftigt. Das überrascht. Die Historikerin Willems, die jahrelang in der Gedenkstätte arbeitete, beschreibt Planung, Ausführung und schließlich Entwicklung des Konzentrations- und Vernichtungslagers und greift dabei auf bislang unveröffentlichte Dokumente zurück. Neu an dieser Publikation ist auch der optische Zugang zum Thema. Ein Großteil der Fotografien in dem überwiegend farbigen Bild-Text-Band stammen vom 26-jährigen Fritz Schumann, der im November 2014 in Frankfurt/M. mit dem Nachwuchspreis der Nachrichtenagentur dpa ausgezeichnet wurde.

**Susanne Willems „Auschwitz –
Die Geschichte des Vernichtungslagers“,
edition ost, ca. 256
Seiten, 21,3 x 28,5 cm, Preis: ca.
29,99 Euro,
ISBN 978-3-360-01866-3.**

Diese Titel können über den Verlag & Verlagsservice,
Fa. Schneidewind, Tel.: 5170956,
kontakt@verlag-schneidewind.de bestellt werden.



■ **Befristung und Leiharbeit stoppen!**

■ **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!**

■ **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!**

■ **Wohnung und Energie bezahlbar machen!**

■ **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!**



www.das-muss-drin-sein.de

Das muss drin sein!

Die LINKE startet Mitmach-Kampagne gegen prekäres Arbeiten und Leben

F: Die LINKE startet ab Mai eine mehrjährige Kampagne gegen prekäre Jobs, Armut und unsichere Lebensverhältnisse - unter dem Motto „Das muss drin sein“. Warum jetzt und was soll eigentlich „drin sein“? **Bernd Riexinger:** Auch wenn Frau Merkel immer den Eindruck erweckt - es ist nicht alles gut in Deutschland. Viele Menschen leiden darunter, in ihrem Alltag und in der Arbeit unter permanentem Druck zu stehen oder nicht zu wissen, wie sie bis zum Monatsende über die Runden kommen sollen. Die unsoziale Politik der letzten Jahre hat dafür gesorgt, dass 11 Millionen Menschen in Deutschland in prekären Jobs arbeiten. Wer sich von einem befristeten Job zum nächsten hangelt, kann seine Zukunft nicht planen. Für viele Unternehmen sind Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen völlig normal geworden und tragen zu den sprudelnden Profiten bei. Die Bundesregierung ist ja stolz auf ihre Sparpolitik, ihre „schwarze Null“. Aber das Land wird so kaputt gespart. Für die Große Koalition ist das offenbar alles kein Problem. Wir wollen gemeinsam mit vielen Menschen auch außerhalb der Partei Druck machen - für das, was in einem reichen Land selbstverständlich sein sollte: Die Zukunft muss planbar sein - daher fordern wir Kettenbefristungen zu verbieten. In den Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen fehlt Personal. Mit der Kampagne wollen wir für gute Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung für alle Menschen und für mehr Personal und gute Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen streiten.

Katja Kipping: Alle Menschen müssen genug haben, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können. Wir fordern eine Mindestsicherung statt mit Hartz IV Armut per Gesetz. Unter 1050 Euro im Monat droht Armut. Die Sanktionen müssen abgeschafft werden. Prekär leben aber nicht nur Erwerbslose. Auch steigende Mieten und Energiekosten führen dazu, dass viele Menschen kaum noch über die Runden kommen. Wir kämpfen mit der Kampagne dafür, dass Wohnen für Alle bezahlbar wird durch eine wirkliche Mietenbremse, 150.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr, ein kostenloses Grundkontingent an Strom und das Verbot von Zwangsräumungen und Stromsperrern. Der Riss zwischen Arm und Reich vertieft sich. Auch diejenigen, die noch eine gut bezahlte Arbeit haben, stehen unter ständigem Druck. Viele Menschen sind erschöpft und immer mehr leiden an Burn-out oder

stressbedingten Krankheiten. Wer unter Arbeitsverdichtung, Überstunden und Stress leidet, hat wenig Zeit für Familie, Kultur oder politisches Engagement. Ich finde aber: mehr Zeit zum Leben, das muss drin sein in einer Demokratie, die ihren Namen verdient. Demokratie braucht soziale Grundlagen. Zunehmende soziale Unsicherheit führt zu einer Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas. Das Treten nach unten nimmt zu. Solch ein Klima spielt Rechtspopulisten wie Pegida und AFD in die Hände. Die haben aber keine Lösungen für die drängenden sozialen Probleme. Sie treten nach „unten“ und wenden sich gegen Minderheiten, weil sie sich mit den Reichen und Mächtigen nicht anlegen wollen. Wir brauchen keine Bewegung gegen vermeintliche „Islamisierung“, sondern eine Bewegung gegen Prekarisierung!

F: Wie geht es denn jetzt konkret los mit der Kampagne?

Katja Kipping: Vor dem 1. Mai starten wir online mit unserer website und social media, stellen die Kampagne in Berlin der Öffentlichkeit vor. Am 1. Mai sind wir bei den Maikundgebungen, Demos und Festen mit unserem Material. Wir wollen am ersten Mai schon viele Menschen erreichen und mit offenen Treffen in vielen Städten zum Mitmachen einladen.

Es sind zwei weitere bundesweite Aktionswochen geplant. Wir wollen auf die Situation der jungen „Generation prekär“, der vielen Auszubildenden, Studierenden und BerufseinsteigerInnen aufmerksam machen. Von jungen Menschen wird heute immer gefordert, dass sie hyper-flexibel sein sollen, aber trotz Dauerstress haben viele nach Jahren immer noch keine gute berufliche Zukunftsperspektive gefunden. Im Winter geht es dann gegen Armut, Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot. Wir wollen Druck machen gegen steigende Mieten, Stromsperren und gegen die unsäglichen Sanktionen beim Jobcenter.

Bernd Riexinger: Als Partei gehen wir mit der mehrjährigen Kampagne auch neue Wege, die uns von anderen Parteien unterscheiden. Es geht nicht nur um Wählerinnenstimmen, sondern darum, über mehrere Jahre immer mehr Menschen zu ermutigen, sich zu engagieren und zu organisieren. Mit unseren Aktionen und konkreten Forderungen vor Ort, wollen wir zeigen, dass wir gemeinsam etwas bewegen können. Die Kampagne ist eine gute Gelegenheit für Alle, die

gemeinsam mit Anderen vor Ort was tun wollen z.B. gegen Sanktionen beim Jobcenter, für bezahlbares Wohnen, ein Sozialticket oder gegen die Privatisierung des örtlichen Krankenhauses. Dafür muss man nicht Mitglied der LINKEN sein. Aber natürlich ist es auch eine super Einstiegsmöglichkeit für neue Mitglieder. Als LINKE wollen wir zeigen, dass wir an der Seite der Menschen stehen, die sich z.B. gegen die Umgehung des Mindestlohns im Betrieb, bei Unrecht am Arbeitsplatz, gegen steigende Mieten wehren.

F.: Wann ist die Kampagne für euch erfolgreich und wie wollt ihr das erreichen?

Katja Kipping: Wir wollen das gesellschaftliche Klima verändern, weg vom Dauerstress und Existenzangst hin zu mehr Muße für Alle. Die Kampagne hat viel erreicht, wenn immer mehr Menschen sagen: Es kommt auf uns an, gemeinsam können wir Prekarisierung als Lebensform hinter uns lassen.

Bernd Riexinger: Für eine oder mehrere unserer bundesweiten Forderungen wollen wir eine Mehrheit der Menschen gewinnen und diese durchsetzen. Gemeinsam mit Bündnispartnern aus Gewerkschaften und sozialen Initiativen. Der Kampf um den Mindestlohn hat gezeigt, dass das geht, wenn viele sich engagieren und einen langen Atem haben.

Deutschland 2015

Ganz Deutschland geht es gut, ganz Deutschland? Deutschland 2015: Jobwunder, die Steuern sprudeln, die Wirtschaft boomt, es geht uns doch gut! Wenn auch Sie bei diesen Aussagen ins Grübeln geraten, sind Sie nicht die Einzigen. Wir laden Sie mit unserer Kampagne „Das muss drin sein.“ ein, genauer hinzuschauen und gemeinsam mit uns für gute Arbeit und ein gutes Leben für alle zu streiten.

Denn Vieles liegt im Argen. Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit machen eine normale Lebensplanung schwer. Wenn Sie sich um Kinder, Kranke oder Pflegebedürftige kümmern, dann spüren Sie den Kostendruck und die Privatisierungen der letzten Jahre. Die Preise für Gas und Strom steigen so schnell wie die Mieten – zusammen für viele unbezahlbar. Und sollte es nicht normal sein, bei Erwerbslosigkeit zuverlässig abgesichert zu sein?

DIE LINKE sagt: Selbstverständlichkeiten wie eine

planbare Zukunft und soziale Absicherung müssen tatsächlich wieder selbstverständlich werden. Das ist das Mindeste, das in einem reichen Land wie Deutschland drin sein muss:

Befristung und Leiharbeit stoppen. Viele, vor allem junge Menschen, hängen sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

Wohnung und Energie bezahlbar machen. Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.

Deshalb startet DIE LINKE am 1. Mai ihre Kampagne mit dem Titel „Das muss drin sein!“ Jede und jeder hat das Recht auf ein Leben ohne Zumutungen, ohne Sorgen und ohne Angst! Zukunft soll planbar sein, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und gute Gesundheitsversorgung müssen selbstverständlich für alle sein. Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle möglich sein. Gleiche Chancen für Frauen und Männer müssen selbstverständlich sein. Gesellschaftlich wichtige Arbeit muss entsprechend gewürdigt und bezahlt werden.

Wir müssen Druck machen für politische Veränderungen und bessere Bedingungen – am 1. Mai und jeden Tag. Das muss drin sein.

Sie finden uns vor Ort und natürlich im Internet: www.das-muss-drin-sein.de

**Noch Fragen? Schreiben Sie uns:
das-muss-drin-sein@die-linke.de**

Gritt Kumar

Bestattungsgesetz in Sachsen-Anhalt noch zeitgemäß?

Am Mittwoch, dem 18.03.2015, befasste sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales im Landtag von Sachsen-Anhalt in seiner 51. Sitzung auf Initiative der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis '90/Die Grünen mit der Anhörung zu der geplanten Reform des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes.

Dabei wurden einige Schwerpunkte, wie die nötigen gesetzlichen Änderungen zur Umsetzung der Bestattungsriten anderer Glaubensgemeinschaften, die Lockerung des Friedhofzwangs und der Sargpflicht, eine mögliche Einführung der 24-Stunden-Frist bei Bestattungen, eine Verbesserung im Umgang mit den sogenannten Sternenkindern und die Kontrolle und Zertifizierung von Grabsteinen, besonders intensiv diskutiert.

Einer Abschaffung der Sargpflicht stünde aus Sicht der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg und der Ärztekammer Sachsen-Anhalt nichts entgegen, wenn man die Hygienevorschriften befolgen würde. Bedenken gab es dahingehend, dass eine solche Regelung jedoch auch missbraucht werden und damit zu „Billigbestattungen“ einladen könne. Auch die Lockerung des Friedhofzwanges wurde als realistische Perspektive erkannt, wobei Uneinigkeit darüber herrschte, inwiefern Außenstehende dann noch die Möglichkeit zur individuellen Trauerbewältigung hätten. Die 24-Stunden-Frist bei Bestattungen wurde hinsichtlich verwaltungstechnischer Hindernisse kritisch diskutiert. Die Herkunftskontrolle von Grabsteinen wurde als notwendig erkannt, um der Kinderarbeit in Ländern wie Indien und China nicht weiteren Nährboden zu liefern. Über die Durchführung war man sich jedoch uneinig. Ein möglicher Weg sei eine Zertifizierung. Auch in der nächsten Zeit werden sich die Ausschüsse im Landtag von Sachsen-Anhalt mit der Novellierung des Gesetzes befassen, die zudem mit Sicherheit eine große und zentrale Aufgabe für die nächste Wahlperiode sein wird.

Gritt Kumar ist Mitarbeiterin der Landtagsfraktion DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Der Landesvorstand der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Sachsen/Anhalt, in Koop mit der Rosa-Luxemburg - Stiftung lädt Euch herzlich zu einem Vortrag mit Diskussionsmöglichkeit anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus ein.

Ort: Hörsaal B des Melanchthonianus, MLU Halle - Wittenberg.

Termin: Sonnabend, 18. April, ab 11:00 Uhr.

Referent: Prof. Dr. habil. Kurt Pätzold, Berlin

Prof. Dr. K. Pätzold hatte bis 1992 den Lehrstuhl für deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität inne.

Er ist ein international renommierter Faschismuskforscher. Seine Forschungsschwerpunkte: Geschichte des dt. Faschismus u. zur Judenverfolgung/Antisemitismus.

Titel des Vortrages:

„Befreiung? Die Deutschen am Ausgang des II. Weltkrieges“

Inhaltsschwerpunkte: „Als der Begriff Befreiung für die Zerschlagung der faschist. Militärmacht u. das Ende d. 1933 errichteten Diktatur in der DDR schon in den Schulbüchern stand, war in der BRD noch von Niederlage, Kriegsende, Katastrophe, Zusammenbruch die Rede - bis R. v. Weizsäcker 1985 seine Rede hielt, an die jüngst wieder u. wieder erinnert wurde. Werden aber im und von Deutschen mit dem Begriff Befreiung eigentlich die gleichen Inhalte bezeichnet? Von wem und wovon sind die Deutschen 1945 befreit worden? Was stand der Akzeptanz dieses Begriffs entgegen? Und ist der Gebrauch des Bundespräsidenten in die Schulbücher gedrungen? Wie kam es zur Umtaufe von Straßen im Osten Deutschlands, die einmal „Str. der Befreiung“ hießen...“

Nochmals: Ihr seid alle recht herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen!

Wir freuen uns auf Euer Kommen!

Aus dem Landtag:

Gemeinsame Pflicht, für die moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft zu streiten

Zum Brand eines für Flüchtlinge vorgesehenen Gebäudes in Tröglitz erklären der Fraktionsvorsitzende Wulf Gallert und die Landesvorsitzende Birke Bull:

„Kriminelle Rassisten haben in der Nacht vom Karfreitag das Gebäude in Brand gesteckt, das in Tröglitz in naher Zukunft als Heim für Geflüchtete vorgesehen war. Das war ein symbolischer Angriff auf das Leben von Flüchtlingen. Der Tod von Bewohnern dieses Gebäudes wurde billigend in Kauf genommen.

Wir verurteilen dieses Verbrechen aufs Schärfste und erwarten, dass Polizei und Justiz alles unternehmen, um diese Kriminellen zur Rechenschaft zu ziehen.

An dieser Tat wird die Absurdität der Argumentation von Rechtsextremen und Rechtspopulisten in Tröglitz und anderswo deutlich. Als vermeintlich besorgte Bürger schürt man Hass und Angst vor Flüchtlingen und bedient sich dabei selbst krimineller Handlungen. Nun ist es höchste Zeit, dass Tröglitz sich selbst dagegen wehrt. Heute mit einem Zeichen für Menschlichkeit und in den nächsten Monaten mit der Bereitschaft Menschen aufzunehmen und Solidarität zu üben. Darüber hinaus haben aber auch alle demokratischen Parteien in Sachsen-Anhalt die Pflicht, gemeinsam für die moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft in Tröglitz und dem ganzen Land zu streiten.

Wir laden dazu ein, diesen Prozess gemeinsam zu gestalten.

Ländliche Räume ganzheitlich entwickeln

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Landesentwicklung traf sich zur Klausur in Bad Dürrenberg

Was gilt es in der laufenden Legislaturperiode noch anzugehen? Während einer dreitägigen Klausur in Bad Dürrenberg im Saalekreis verständigten sich unsere Abgeordneten des Arbeitskreises Wirtschaft und Landesentwicklung zur weiteren parlamentarischen Arbeit in ihren jeweiligen Fachgebieten. Mit

dem übergreifenden Thema „Herausforderungen und Entwicklung des ländlichen Raumes“ ging es tief in die Materie. Es ging um Bestandsaufnahmen und um spezielle wie ganzheitliche Lösungsansätze.

Wie fachübergreifend die Entwicklung des ländlichen Raumes gestaltet werden muss, zeigt ein Blick auf die erörterten Einzelthemen. Diskutiert wurde aus unterschiedlichen Perspektiven, etwa zur Teilhabe an Mobilität im ländlichen Raum, an sozialer Fürsorge sowie an Kommunikation und Netzanbindung. Zudem verständigten sich unsere Abgeordneten über die Potentiale des ländlichen Raumes bei der Umsetzung der Energiewende.

Mit dem Ziel, die Spekulation mit Ackerboden als sicheres Anlagekapital einzudämmen, griff der Arbeitskreis ein ganz aktuelles Thema auf. Als Grundlage diente dabei ein Gutachten der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bodenmarktpolitik, das den Ländern attestiert, die Möglichkeiten des Grundstücksverkehrsgesetzes nicht vollständig zu nutzen. So sieht das Grundstücksverkehrsgesetz vor, dass für den Erwerb von Boden eine Genehmigung zu erteilen ist. Diese kann jedoch versagt werden, wenn eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden durch die Veräußerung entsteht, sie zum Beispiel Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur widerspricht. Die jetzige Preistreiberei, die ganze Betriebe in die Pleite führt und viele fürchten lässt, dass ihnen selbiges zustößt, spricht jedenfalls nicht für eine gute Agrarstruktur.

Im Bereich Wirtschaft stand vor allem die Umgestaltung der Förderpolitik im Fokus, die unter der derzeitigen Landesregierung von einem Skandal in den nächsten schlittert. Konkrete Ziele sind die Transparenz und Demokratisierung bei der Vergabe von Fördermitteln, etwa indem Verantwortung von oben nach unten verteilt wird. Das transatlantische Handelsabkommen TTIP bleibt in Wirtschaftsfragen ebenfalls auf der Agenda der Fraktion DIE LINKE. Auch hier gilt es weiterhin für Transparenz und eine demokratische Begleitung der Verhandlungen zu sorgen und zu verhindern, dass wirtschaftliche Interessen an Parlamenten vorbei dominieren.

Die Diskussion zur Arbeitsmarktpolitik orientierte

sich am Schlagwort „gute Arbeit“, heißt konkret, dass sich Arbeitsmarktpolitik zuallererst am Beschäftigten ausrichten muss. Im Bereich Verkehrspolitik standen für unsere Abgeordneten hingen Konzepte zur Sicherung von Trassen im Schienenverkehr und zur Straßenverkehrsinfrastruktur im Fokus. Unter anderem mit dem Thema Lärmschutz wurden auch Belastungen, die Mobilitätsangebote für Mensch und Tier mit sich bringen, auf den Plan gerufen.

Letztlich kam zur Klausur des Arbeitskreises Wirtschaft und Landesentwicklung auch das Kontrastprogramm zum konzentrierten Brainstorming nicht zu kurz. Für Abwechslung und gesunde Luft hatte unter anderem ein Ausflug zum Gradierwerk in Bad Dürrenberg gesorgt.

**15.04.15, 17 Uhr, im Linken Laden in der
Leitergasse 4,**

Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen, zur
Diskussion steht: „TTIP - ein Geheimpakt der
Konzerne bedroht unsere Demokratie“



**PREISSKAT
in Halle**
am Freitag, dem
24. April 2015

Beginn: 14 Uhr Ende: gegen 18 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer,
Böllberger Weg 150,

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen
Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierer-
tisch und 27 Spiele am Dreiertisch
und nach der Skatordnung des Deutschen Skat-
verbandes e. V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.